

'Fortsetzung von Seite 21)

Anleitung, die das Ministerium für Gesundheitswesen hierzu gegeben hat, reicht noch nicht aus. Wie wollen es z. B. das Ministerium und die Abteilung Gesundheitswesen beim Rat des Bezirks Rostock verantworten, daß sich der Kreisarzt Med.-Rat Dr. Strauß neun Monate lang nicht in einem so wichtigen Betrieb, wie dem Fischkombinat Rostock, sehen läßt? Die Abteilung Gesundheitswesen beim Rat des Bezirks begnügt sich damit, von den Betriebsärzten, deren Arbeit sie unterstützen soll, umfangreiche Berichte einzufordern. Im Kampf um die Durchsetzung der Verbesserung des betrieblichen Gesundheitsschutzes aber läßt man sie allein und raubt ihnen damit Kraft und Zeit.

Die Organe des Gesundheitsschutzes haben sich in eine isolierte Stellung zurückgezogen. Sie haben eine ungenügende Verbindung zu den Arbeitern und den Gewerkschaftsleitungen. Es ist von den Bezirken bis zu den Betriebsparteileitungen nicht bekannt, daß man sich schon ernsthaft mit der Veränderung dieses Zustandes befaßt hat.

Der Beschluß des Ministerrates vom 18. März über die Erhöhung der den Direktorenfonds zufließenden Mittel und die am 21. März veröffentlichten Erläuterungen zur Finanzierung der Maßnahmen auf Grund der Verordnung vom

10. Dezember 1953 erweitern in erheblichem Maße die Möglichkeiten, sofort eine Reihe von Projekten und Maßnahmen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes, des Gesundheitswesens, der Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen usw. in Angriff zu nehmen.

Mit dem Gewerkschaftsaktiv arbeiten

Die Verordnung fordert, daß sich alle Organe der Staatsmacht sowie die Betriebsleitungen, Gewerkschaften und Massenorganisationen den täglichen Sorgen und Nöten der Arbeiter zuwenden. Dieser Aufgabe können sie aber nur dann mit Erfolg gerecht werden, wenn sie die Arbeiter selbst zur praktischen Mitarbeit bei der Durchführung der Verordnung gewinnen. Ein wichtiges, in seinen Möglichkeiten noch nicht voll erkanntes Hilfsmittel dazu ist die Arbeit mit dem Gewerkschaftsaktiv. Die Parteileitungen müssen sich mehr und besser als bisher mit der Arbeit des Gewerkschaftsaktivs beschäftigen und den Grundsatz verwirklichen, daß die Mitglieder unserer Partei auch die besten Gewerkschafter sein müssen.

Die Gewerkschaftsaktivs haben sich vor allem mit der Verordnung zu beschäftigen. Sie wachen darüber, daß die Betriebsleitungen die Verpflichtungen einhalten, die ihnen in den Gesetzen und Verordnungen der Regierung und im

120 Industriearbeiter für die Arbeit auf dem

Das Sekretariat des Zentralkomitees faßte bereits im April des vorigen Jahres den Beschluß „Industriearbeiter aufs Land“. Im Bezirk Magdeburg, angefangen von der Bezirksleitung bis in die Grundorganisationen der Industriebetriebe, ist dieser Beschluß völlig ungenügend beachtet worden. Die Parteiororganisationen der Stadt Magdeburg hatten bis zum 3. März 1954 nur einen einzigen Industriearbeiter aufs Land entsandt. Dieser Zustand mußte geändert werden.

Die Bezirkspolitabteilung ergriff die Initiative und lud die besten Mitarbeiter der Politischen Abteilungen der MTS des Bezirks Magdeburg zu einer Aussprache ein. Es sollten Maßnahmen besprochen und Vorschläge gemacht werden, um den Beschluß schnellstens zu verwirklichen. Die Bezirksleitung der Partei billigte unsere Vorschläge, und es wurde festgelegt, in welchen Betrieben oder Kreisen Brigaden von Politleitern die Werbung unter den Arbeitern aufnehmen sollten. Zunächst wurden das Stadtgebiet von Magdeburg sowie die Kreise Schönebeck, Staßfurt und Genthin dafür bestimmt.

Die Politleiter, die große praktische Erfahrungen durch ihre Tätigkeit auf dem Lande gesammelt haben, konnten alle Fragen der Genossen in persönlichen Aussprachen

richtig beantworten und viele Zweifel beseitigen. Unsere Genossen glaubten, daß sie bei der Werbung die größte Unterstützung von den Parteileitungen der Betriebe bekommen würden. In dieser Hoffnung wurden sie aber arg enttäuscht. Bei der Durchsicht der Kaderunterlagen der Genossen aus den einzelnen Werken wurden ihnen von den Parteileitungen oft die Unterlagen guter Genossen vorenthalten, während bei der Aussprache am Arbeitsplatz viele Genossen ihre Bereitschaft, auf dem Lande politisch zu arbeiten, zeigten. So erklärte zum Beispiel der Genosse Dräger aus dem Maschinen- und Apparatebau Staßfurt: „Ich bin gelernter Landwirt und beobachte die Entwicklung auf dem Lande sehr eingehend. Ich habe die Antifa-Schule und die Kreisparteienschule besucht und bin jederzeit bereit, als Funktionär aufs Land zu gehen, jedoch hat mit mir noch niemand darüber gesprochen.“

Der BGL-Vorsitzende desselben Betriebes sagte: „Wenn mich die Partei ruft, bin ich sofort bereit, wieder auf dem Lande zu arbeiten.“

Wie formal bisher gearbeitet wurde, zeigt uns noch folgende Tatsache: Die Kreisleitung der Partei und der Rat des Kreises Schönebeck haben an die Betriebe geschrieben, sie sollten Arbeiter, die bisher in der Landwirtschaft gearbeitet haben, fragen, ob sie dorthin wieder